



**Rudolf Hickel
Johann-G. König**

EURO stabilisieren EU demokratisieren

**Aus den
Krisen lernen**

Politik

Kellner Verlag
Bremen Boston



**Rudolf Hickel
Johann-Günther König**

EURO stabilisieren EU demokratisieren

Aus den Krisen lernen

Dieses Buch ist bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert:
Die bibliografischen Daten können online angesehen werden:
<http://dnb.d-nb.de>

*Wir widmen dieses Buch dem engagierten
Unionsbürger Heinrich Holzgräfe
sowie dem früheren Präsidenten der
EU-Kommission, Jacques Delors, der mit
dem »Delors-Plan« von 1989 maßgeblich die
Einrichtung einer Wirtschaft- und Währungsunion
vorangetrieben hat.*

© 2014 by KellnerVerlag, Bremen | Boston

St.-Pauli-Deich 3 | 28199 Bremen

Tel. 0421 77866 | Fax 0421 704058

sachbuch@kellnerverlag.de

www.kellnerverlag.de

Lektorat: Klaus Kellner, Manuel Dotzauer, Sebastian Liedtke

Layout: Manuel Dotzauer

Umschlag: Designbüro Möhlenkamp, Bremen

ISBN 978-3-95651-025-0

Inhalt

Zur Euro- und unionseuropäischen Sache	6
Fragen an Blogger EUROWAN	13
I. Die Eurokrise überwinden	20
1. Die Ursachen der Eurokrise kennen, um diese zu überwinden	20
• Die aktuelle Ruhe verdeckt die Ursachen der Systemkrise	21
2. Aus den Gründungsfehlern währungspolitischer Integration lernen	23
• Der Werner-Plan: Die Zeit war noch nicht reif	24
• Das Europäische Währungssystem (EWS): Ein Schritt nach vorne	24
• Der Delorsplan: Perfekter Plan scheitert an Engstirnigkeit	26
• Der Maastrichter Vertrag: Dem Euro das Grundübel eingepflanzt	26
• Die fundamentalen Euro-Gründungsfehler	30
• Notwendige Korrekturen erforderlich	32
• Die Staatsschulden: Gesamtwirtschaftliche Funktionen	33
• Klartext zur Staatsverschuldung	34
3. Das Elend mit den spalterischen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten	37
• Törichte Gleichgewichtserwartung im Euroraum	38
• Wie lassen sich die deutschen Überschüsse der Handels- und Dienstleistungsbilanz erklären?	40
• Verschon mein Haus, zünd' andere an ...	40
• Fehlender Mut, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen	41
4. Unkalkulierbare Treibsätze der Eurokrise: Bankendebakel und politisches Missmanagement	42
• Wirtschafts- und Bankenkrise – Triebkraft der Eurokrise	43
• Apropos Griechenland: Ein Staatsdefizit und Goldman Sachs kassiert	44
• Krisenverschärfender »Sofortismus« im Euroland	46
• Krisenverschärfung durch Trippelschritte	47
5. Euro weiterentwickeln oder renationalisierte Währungen? – Die unvermeidbare Entscheidung	48
• Lohnt sich der Euro? Einige Hinweise zum allgemeinen Nutzen	49
• Was kostet der Ausstieg aus dem Euro?	52
• Die Target 2-Hysterie	53
• Was passiert, würde der Euro verschwinden?	55
• Die untauglichen Alternativen zum Eurosystem:	
Nationale Währungen oder Parallelwährungssystem	56
• Drachme zurück in Griechenland?	57
• Parallelwährungs-Illusionen	58
• Fiktion eines Euro-Parallelwährungssystems durch U. v. Suntum	59

6. Euro ja, aber anders: Gegen neoliberale Marktdominanz. Ein Konzept der politisch-ökonomischen Gestaltung	62
Die Sechs-Punkte-Agenda	63
7. Die geldpolitische Führungsrolle der EZB: Dilemma der allein gelassenen Währungspolitik	69
• Herausforderungen, die nicht im Lehrbuch vorkommen	70
• Die doppelte Aufgabe: Geldwertstabilität im funktionierenden Währungsraum	74
• Dicke Bertha & Bazooka: »What ever it takes!«	74
• Outright Monetary Transactions (OMT)	75
• Aktive EU-Politik erforderlich	76
• 18 unterschiedliche Staaten und eine Währung	78
• Niedrigzinspolitik unvermeidbar – Warum nimmt die EZB die Enteignung der Sparer in Kauf?	79
• Reduzierung gesetzlicher Renten durch private Kapitalvorsorge stoppen	81
• Mit der Wirtschafts- und Sozialunion gegen Profitdominanz	84
8. Weitergehende Forderungen an das Euroland in der EU: Die Vision einer ökonomisch handlungsfähigen Politischen Union	86
II. EU enträtseln	88
1. Können »wir« Euro und EU retten?	88
• Wie viel Staatsgewalt hat das deutsche Volk?	89
• Von der Staats- zur Unionsbürgerschaft	92
• Wen meint »wir«?	99
• Ziel: Europäische Wohlfahrtsunion	100
• Gaucks europäische Idee	101
• Die Finanzmärkte als fünfte Gewalt	102
• Zum Wohl des Finanzkapitals	103
• Gauck und das europäische Gesamtprojekt	104
• Frieden- und Freiheitsprojekt?	106
• Große Vorteile von der Gemeinschaft?	107
• Ein Marshallplan für Europa	108
• Soziale Ungleichheiten werden forciert	110
• Akzeptierte Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsarmut	111
• Arbeit und Wohlstand für alle: Es war einmal ...	112
• Von der Wirtschafts- zur Wettbewerbsgemeinschaft	113
• Wie kam es zur Agenda 2010?	116
• EU-Sozialabbaumodell	118
• Wir sind nicht gemeint	118
• »Gefährliche« Volksbefragungen	120
• Deutsche im Wachkoma?	120
• Europäische Werte ohne Garantie	122
• Friedensnobelpreis trotz sozialer Schieflage	125

• Kein Zukunftsprojekt	126
• Kein Volksprojekt	126
• Interessenwahrung durch europäische Militäreinsätze	127
• Wo bleibt die Macht des Volkes?	128
2. Angelegenheit der Völker zu ihrem Nutzen?	129
• Unpersönliche Rechtspersönlichkeit EU	130
• Irrgarten mit Mehrebenensystem	135
• Brüssel entscheidet?	140
• Regieren ohne Regierung	149
• Kein Parlament, wie es im Buche steht	150
• EU-Dämmerung	154
• Alternativlos?	157
• Papierne Ziele	159
• Leere Versprechungen	160
• Trickreiche Versprechungen	166
• EU-Ziele und Strategien	169
3. Unionseuropa magst ruhig sein	174
• Krise forever?	175
• Symptom Unionseuropamüdigkeit	179
• Die Union der begrenzten Einzelermächtigung	182
• Die Union der extremen Ungleichheit	186
• Die Union der Armut und working poor	192
• Die Union mangelnder menschlicher Entwicklung	198
• Die Union sozialen Systemmangels	200
• Die Union der Gewinnverlagerungen und Steuersenkungen	203
• Die Union des Wettbewerbswahns	208
• Deutsches Jahrzehnt?	220
4. Mehr Europa?	223
• Die EU – mehr als ein Staatenbund?	223
• Vereinigte Staaten von Europa?	227
• Konföderierte Eurostaaten?	232
• Preis des Überlebens: Politische Union?	234
• Demokratische Kursbücher	242
5. Europäische Wohlfahrtsunion – eine Utopie	250
• Vom guten Leben	251
• Letzte Ausfahrt Europäische Wohlfahrtsunion	254
• Wohlfahrtsunion mit einer Verkehrssprache?	259
• Die Union – Engel der Geschichte?	261
III. Was lehrt die Chronik? Die Eurokrise auf der Zeitachse (2009–2013)	262
Quellennachweise	277
Zu den Autoren	286

Zur Euro- und unionseuropäischen Sache

Der Euro und die Europäische Union prägen unsere gegenwärtige Lebenswirklichkeit in fast jeder Hinsicht. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD klingt das so: »Europapolitische Entscheidungen greifen oft tief in die Lebensbedingungen unserer Bürgerinnen und Bürger ein. Für das Vertrauen in Europa und die EU ist es daher wichtig, die demokratische Legitimation zu stärken und Entscheidungen der EU nachvollziehbarer zu gestalten.«¹ Nur am Rande: Mit dem erwähnten »Vertrauen in Europa« ist das so eine Sache – kann Mensch sich auf eine räumliche Ordnung verlassen, die Europa genannt wird? Gewiss nicht. So viel zur politischen Lyrik.

Die Bundesregierung nimmt in Eurozone und EU zwar seit Längerem eine Führungsrolle ein und dringt auf einen strikten Austeritätskurs – zu gut Deutsch: auf eine strikte staatliche Sparpolitik, die einen ausgedünnten und ausgeglichenen Staatshaushalt herbeiführen soll. Auch setzt die schwarz-rote Regierungskoalition unter Angela Merkel weiterhin auf »das Prinzip, dass jeder Mitgliedstaat für seine Verbindlichkeiten selbst haftet« und behauptet: »Jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden würde die notwendige Ausrichtung der nationalen Politiken in jedem einzelnen Mitgliedstaat gefährden.« Der konkrete Krisendruck zwingt jedoch oftmals zur nicht eingestandenen Dehnung der Verbote.

Deutschland ist wie alle anderen Mitgliedstaaten der EU beziehungsweise der Eurozone ein nur mehr mit eingeschränkten Hoheitsrechten ausgestattetes Glied. Was auch immer auf unionseuropäischer Ebene beschlossen wird, und vor allem, was für die Unionbürgerinnen und -bürger in den 28 Mitgliedstaaten halbwegs gut oder dramatisch schief läuft, kann mit deutschen »Regierungsmitteln« allein nicht beeinflusst werden. Von den geldpolitischen Entscheidungen der politisch »unabhängig« gestellten Europäischen Zentralbank (EZB) ganz zu schweigen – auch sie tanzt wegen der Einsicht in die gemeinschaftliche Geldpolitik gewiss nicht nur nach der deutschen Pfeife.

Deutschland und gegenwärtig 17 weitere Staaten setzen auf den Euro und die Wirtschafts- und Währungsunion. Die nach wie vor vi-

rulente und schwere Krise macht augenfällig, dass im Euroraum genau das schief läuft, was viele Ökonomen bereits bei der Debatte um den die Wirtschafts- und Währungsunion begründeten Maastrichter Vertrag (1992) und dann kurz vor der Euroeinführung aus unterschiedlicher Warte befürchteten.²

Der Versuch, sehr unterschiedlich wirtschaftende und mit teils extrem uneinheitlichen Steuer-, Lohn- und Sozialsystemen operierende Mitgliedstaaten ausschließlich mittels eines für alle einheitlichen Zentralbankleitzinssatzes durch die Zeiten zu bringen, scheiterte im Herbst 2008, als die internationale Bankenkrise die Fehlkonstruktion der Währungsunion gnadenlos aufdeckte. Zur Erinnerung: Bereits bei der Einführung des Euros gerieten Länder mit geringen Wachstums- und Inflationsraten in die Rezession – Deutschland zum Beispiel zwischen 2001 und 2005, was prompt eine steigende Arbeitslosigkeit nach sich zog, während Euroländer mit höheren Inflationsraten dazu übergingen, mit Krediten zu niedrigen Realzinsen die Konjunktur anzufachen. In den heute zu den Krisenopfern gehörenden Staaten Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien entwickelte sich ab 1999 eine rasch wachsende Inlandsnachfrage, gefolgt von steigenden Importen und Leistungsbilanzdefiziten. Bau- und Immobilienpreisboom inbegriffen. Dass Deutschland ab 2005 durch die Agenda-Politik und mit ihr der Ausweitung des Niedriglohnsektors beziehungsweise einer erheblichen Senkung der Lohnstückkosten seine Exportbilanz kräftig aufbesserte, hat das Euroland zusätzlich gespalten.

Obwohl ganz offenbar die (zum Teil auch kriminell vorgehenden) Akteure auf den Finanzmärkten die Auslöser der sich ab 2007 entfaltenden Weltfinanz- und Wirtschaftskrise waren, sie also das große Problem sind, dem nicht nur mit strikten Regulierungen, sondern auch dem Verbot von unverantwortlich spekulativen Geschäftsmodellen begegnet werden muss, dominiert seitdem das alarmierende Wort *Eurokrise* und/oder *Staatsschuldenkrise* die Schlagzeilen. Für eine gewisse Gruppe von Personen unseres öffentlichen Lebens sind die Probleme von Mitgliedsländern der Eurozone jedenfalls eine willkommene Steilvorlage für ihre Attacken á la »Euro-Betrug« oder: »Europa braucht den Euro nicht« sowie ihr Orakeln vom »Schuldensog« oder drohenden Staatsbankrott und der Forderung: »Gebt uns unsere D-Mark zurück.«³ Anlass für das schlagzeilengesättigte mediale Streuen von – je nach Gusto – entweder Staatsschulden- oder Eurokrise oder auch Euro-Staats-

schuldenkrise gab 2009 spätestens die Krise eines volkswirtschaftlich kleinen europäischen Landes mit zehn Millionen Einwohnern, das bis dahin eher als lohnendes Urlaubsziel denn etwa als ökonomischer Kraftprotz im Gespräch war: Griechenland. Seitdem pfeift durch das von den Eliten viel beschworene Europäische Haus wie auch durch den neu angebauten Euroraum ein eisiger Wind.

Dennoch kann hierzulande von einem breiten öffentlichen Interesse an der Auseinandersetzung mit den gewaltigen Herausforderungen und Problemlagen der EU nebst Eurozone sowie ihrem »Betriebssystem« (leider) keine Rede sein. Euro und Europäische Union, so scheint es, werden im zeitgenössischen Bewusstsein als eine Art unabänderliches Schicksal hingenommen. Vor allem die grundlegende Frage: *Wie wollen wir in unserer Eigenschaft als Unionseuropäerinnen und -europäer im gemeinsamen europäischen Haus leben?* bleibt so gut wie ausgeblendet. Eine wahrnehmbare unionseuropäische Öffentlichkeit, die diese Frage erörtern und im Prozess einer unionseuropäischen Willensbildung hinreichend klären könnte, hat sich bislang nicht formiert. Immerhin europäisieren sich zunehmend einige der sozialen Bewegungen, die sich auch gegen die Austeritätspolitik der EU richten (zum Beispiel Blockupy). Nicht, dass es keine vielfältig-intensiven Debatten über entscheidende Euro- und Unionsfragen gäbe – sie erfolgen allerdings fast ausschließlich in den kleinen Zirkeln und speziellen Publikationsorganen einschlägig politisch und wissenschaftlich versierter Experten.⁴

Insbesondere in den wirtschaftlich noch relativ gut gestellten EU-Ländern der Nord-Achse und offensichtlich hierzulande ist von einem massiven zivilgesellschaftlichen Druck auf die politische Funktionseelite, die in der Bredouille steckende Europäische Union und das Eurosystem von Grund auf neu zu gestalten, wenig zu verspüren. Wie es scheint, gönnt sich ein großer Teil der »staatstragenden« Mittelschichten vielmehr den Luxus, der herrschenden Politik und den Parlamenten im nationalstaatlichen wie supranationalen Rahmen das unionseuropäische Geschäft getrost zu überlassen. Und was kommt dabei heraus? Abwarten und immer teurer werdenden Tee trinken?

Ein Blick zurück in längst oder gerade erst vergangene Zeiten erhellt, dass es so etwas wie eine »normale Zeit« in der Geschichte nicht gibt. Und das bisher gültige Resümee des seit Menschengedenken laufenden Versuchs, in die Zukunft zu blicken, zeigt, dass Zukunft weder mit Fantasie noch mit mathematischen und anderen

Modellen verlässlich vorhersagbar ist. Ob die 1992 aus der Taufe gehobene Europäische Union – Union kommt von lateinisch *unio* = Einheit, Vereinigung – und mit ihr der Euro in einigen Jahren oder Jahrzehnten im Sinne der geltenden Verträge und laufenden Agenden noch Bestand haben werden, ist so gesehen alles andere als sicher. Jedenfalls wächst das gegenseitige Misstrauen der Regierungen und Bevölkerungen der 28 EU-Mitgliedstaaten wahrnehmbar. Die grundlegenden Konstruktionsmängel der gemeinsamen Euro-Währung sind trotz der Einrichtung einer Bankenunion immer noch nicht behoben.

Spätestens die Eurokrise hat Krankheitsherde freigelegt, deren Heilung eine Medizin verlangt, die zwar längst erfunden, deren Preis aber nicht nur von der Bundesregierung als zu hoch erachtet wird. Eine Währungsunion von Staaten, die ein enormes wirtschaftliches Gefälle aufweisen, kann nur als Transfer- und Verantwortungsunion funktionieren. So wie im vereinten Deutschland ohne erhebliche Solidargelder und den traditionellen Länderfinanzausgleich die neuen – und zunehmend einige der alten – Bundesländer leistungsmäßig zu stark und grundgesetzwidrig auseinanderdriften würden, können auch im Euroraum die südlichen, südöstlichen und östlichen Regionen ohne Transferleistungen des Nordens nicht ausreichend und vor allem nicht zügig genug prosperieren. Die seit immerhin 25 Jahren in die neuen Bundesländer transferierten öffentlichen Subventionen haben zwar bis heute keine völlige Angleichung von Wirtschaftskraft und Einkommen an den Standard der alten Bundesländer bewirken können, aber immerhin den Weg gebahnt. Eine aktive Politik zum Aufbau und zur Stärkung der Wirtschaftskraft in den Krisenstaaten ist zwingend geboten. Ein finanzieller Gewaltakt zumal, der in einem vergleichsweise reichen und durch kulturelle Identität und einheitliche Sprache geprägten EU-Mitgliedstaat wohl allemal leichter zu realisieren war und ist als auf unionseuropäisch-zwischenstaatlicher Ebene.

Rettungsschirme und eine verstärkte Bankenkontrolle allein beseitigen nicht die Ursachen der Krise. Ohne eine Schuldenvergemeinschaftung etwa durch Eurobonds sowie einen Schuldenschnitt zu Lasten der bisherigen Gläubiger geht das Zusammenwachsen nicht. Die Wirtschaft und die Arbeitsmärkte der Krisenstaaten stimulierende Investitions- und Aufbauprogramme sind für die EU überlebenswichtig. Gerade die Krisenländer brauchen vor allem ein qualitatives Wirtschaftswachstum zur ökologischen Verbesserung

der Lebens- und Produktionsverhältnisse.

Die Mitgliedschaft in einer als Transferunion fundierten Währungsunion verlangt allerdings die Einnahme durchaus bitterer Medizin der beteiligten Nationalstaaten. Denn sie erfordert den endgültigen Abschied von der fiskalischen Selbstbestimmung auf nationaler Ebene. Und zwar gleichermaßen der Empfänger- und Geberländer. Vor allem müssten die Parteien beziehungsweise Regierungen im Norden die Wähler dazu bewegen, diese Medizin mehrheitlich zu schlucken und sowohl Transfers als auch die Abgabe der Haushaltshoheit an die EU zu genehmigen. Kann das gutgehen? Ja, wenn deutlich wird, dass auch die Geberländer von einer starken EU mit dem Eurozentrum profitieren.

Ob die Bevölkerungen des Nordens, deren Mittel- und Oberschichten selbst geringe Wohlstandseinschnitte wie der Teufel das Weihwasser scheuen, eine solche unionseuropäische Politik überhaupt mittrügen, ist zweifelhaft. Die sich bündelnden populistischen Gegenkräfte, die eine »Befreiung vom Monster aus Brüssel« und den Erhalt nationaler Selbstbestimmung versprechen, haben wachsenden Zulauf aus allen Bevölkerungskreisen. Sie können den Begriffen *Sparpaket*, *Maastricht-Kriterien*, *Leistungsbilanzdefizit*, *Verordnung* etc. nichts Gutes abgewinnen. Der französische Front National, der belgische Vlaams Belang, die niederländische Freiheitspartei, die österreichische FPÖ, die Schwedendemokraten, die Wahren Finnen, die britische Ukip und andere mehr (bedingt auch die deutsche AfD) könnten bei der Wahl zum EU-Parlament 2014 auf einen so hohen Anteil von Sitzen kommen, dass man es nicht wiedererkennen würde und es zudem in vielerlei Hinsicht handlungsunfähig wäre. Der Anteil der unions- und eurokritischen Kräfte in der unionseuropäischen Wählerschaft betrug Ende 2013 Umfragen zufolge an die 40 Prozent.

Schon weil derzeit in einigen größeren und kleineren EU-Mitgliedstaaten die junge Generation ihrer Lebenschancen beraubt wird und die Zahl der Euro- und EU-Gegner nicht nur im reaktionären politischen Spektrum wächst, wird es höchste Zeit, die von den Eliten verfahrenere »Kiste« EU samt Wirtschafts- und Währungsunion nicht nur ein bisschen zu reformieren, sondern vom Keller bis zum Dach umzubauen. Die seit dem Beginn der Eurokrise praktizierte Rettungspolitik des Europäischen Rats, der EZB und der Troika (EU-Kommission, IWF und EZB) ist jedenfalls keine die krisenauslösenden Ursachen umfassend und wirksam beseitigende. Sie

kauft bestenfalls Zeit – und das viel zu wenig auf Kosten derjenigen Finanzakteure, deren Rendite- und Spekulationsgier das Desaster ausgelöst hat. Schlimmer noch: Die entschieden praktizierten Austeritätsmaßnahmen zerstören die seit Ende des 19. Jahrhunderts mühsam erkämpften sozialen Sicherheitsnetze. Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Krankheit und Alter sind für die vielen davon Betroffenen zunehmend wieder beängstigende Risiken.

In den Eurokrisenländern wie auch in vielen osteuropäischen Mitgliedstaaten lebt ein gutes Drittel der Bevölkerungen in oder am Rande der Armut. (In der EU gilt offiziell als armutsgefährdet, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens eines Haushalts des jeweiligen Wohnsitzlandes zur Verfügung hat.) Die von EU-Kommission, Troika und zahlreichen mitgliedstaatlichen Regierungen zunehmend erzwungenen Privatisierungsmaßnahmen öffentlicher Güter spielen zudem die letzten gesellschaftlichen Sicherheiten quasi genau den Akteuren des großen Geldes in die Hände, die das System wachsender Ungleichheit und Ungerechtigkeit im Zusammenspiel mit der marktradikalen Politik verursacht haben.

Für die technokratische Strangulierung der krisengeschwächten Euroländer mittels Austerität sind die EU-Organen (mit-)verantwortlich. So gesehen wäre es leichtfertig, eine weitere Vertiefung der Integration – sprich die weitere Schwächung der überkommenen demokratischen Errungenschaften auf mitgliedstaatlicher Ebene – voranzutreiben, bevor nicht klar ist, mit welchen Umbaumaßnahmen die EU nebst Euroraum menschendienlich gestaltet werden kann. Eine unionseuropäische Solidargemeinschaft kann sich nur durch die überfällige Koordination der bislang rein national gehandhabten Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik entwickeln. Eine Herkulesaufgabe fürwahr, die von den herrschenden Eliten ohne erheblichen Druck von »unten« aller Erfahrung nach nicht in Angriff genommen werden dürfte. Schon auf Grund der ungebrochen wachsenden Macht der transnational operierenden Konzerne und Finanzgiganten – und deren Interesse zielt naturgemäß auf die Schwächung der überkommenen nationalstaatlichen Demokratie beziehungsweise die Stärkung der Brüsseler Technokraten – wächst jedenfalls die Gefahr, dass die nach wie vor unter Krisendruck stehende EU nebst Wirtschafts- und Währungsunion dem Finanzkapital, nicht aber den auf auskömmliche Erwerbsmöglichkeiten und sicheren Altersversorgungen angewiesenen Unionseuropäerinnen und -europäern dient.

Eine wohlfahrtsförderliche EU mit einheitlicher Euro-Währung kann nur mittels einer gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, die einen ausreichenden Grad der Harmonisierung erreicht, gelingen. Der dafür notwendige, seit langem überfällige politische Kurswechsel ist von den herrschenden unionseuropäischen und mitgliedstaatlichen Eliten jedoch offenbar nicht vorgesehen. Solange in den derzeit 28 Mitgliedstaaten – und sukzessive auf gesamteuropäischer Ebene – der Umbau der seit dem Vertrag von Maastricht sozial und ökonomisch immer repressiveren Union zivilgesellschaftlich nicht politisch wirksam eingefordert und realisiert wird, steht wenig Gutes zu erwarten.⁵

Mit diesem Buch verfolgen wir das Ziel der Aufklärung über die Chancen und Risiken der EU-Integration. Ideologien, Mystifizierungen und Herrschaftswissen werden ebenso wie realitätsferne Fantastereien als untauglich enttarnt. EU und Euro ja, aber ganz anders – lautet unsere Botschaft. Auch weil der Kenntnisstand jenseits der Parolen erschütternd dürftig ist, erklären wir gelegentlich detailliert die institutionelle Verfasstheit und die ökonomisch-soziale (Nicht-)Funktionsweise von EU und Euro. Allerdings müssen sich die Leserinnen und Leser ihr Urteil selbst bilden. Wir hoffen nur, mit unseren Argumentationssträngen die Entscheidungslage informell zu verbessern. Das ist die beste Voraussetzung für politisches Handeln. Dabei gilt:

Politische Einschätzungen hängen nicht zuletzt von der individuell präferierten Sicht auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungsnotwendigkeiten ab. Unsere persönlichen Auffassungen und die herangezogenen und interpretierten Fakten muss niemand teilen – wenn sie jedoch dazu beitragen können, die dringende Klärung der Euro- und Unionsmaterie mit voranzutreiben, wären wir zufrieden.

Rudolf Hickel und Johann-Günther König

(P. S.: Die Quellenangaben beschränken sich auf das Wesentliche. Da die Literatur zu Euro- und EU-Fragen von nicht mehr überschaubarer Fülle und zudem mittels Internetsuchen leicht auffindbar ist, verzichten wir auf ein ausführliches Literaturverzeichnis.)

Fragen an Blogger EUROWAN

Von Johann-Günther König

Stimmt es, dass politische Witze im einstigen Ostblock immer mit einer Anfrage an den Sender Eriwan begannen?

Im Prinzip ja. Aber Wirkung entfalteteten sie in der Europäischen Gemeinschaft, wo Kommissare, Korruption und Misswirtschaft nicht von schlechten Eltern waren.

Es stimmt also, dass der Kapitalismus immer noch am Abgrund steht?

Im Prinzip ja. Aber wir sind bereits einen Schritt weiter.

Was unterscheidet den neuen Blogger Eurowan vom alten Radio Eriwan?

Im Prinzip nichts. Das Internet wird mindestens genauso effektiv überwacht wie die legendäre Rundfunk- und Fernsehstation in der Hauptstadt von Armenien.

Weiß man, wo Blogger Eurowan sitzt?

Wozu soll das gut sein? Wissen schützt vor Torheit nicht, selbst in der Eurogruppe, dem informellen Gremium der Finanzminister, deren Währung die Eurokrise ist.

Hat der Euro nicht mehr Vorteile, als viele denken?

Im Prinzip ja. Er senkt für Unternehmen, Verbraucher und Touristen die Transaktionskosten durch den Wegfall der Umtauschkosten. Und er läuft dem Dollar als internationale Leitwährung den Rang ab. Aber was die EU-Kommission sonst so alles bei der Euroeinführung versprach – reine Utopie.⁶

Wollen Sie im Ernst behaupten, unsere Währungsunion sei eine Utopie?

Bestimmt nicht. Von einer Utopie hätte man nichts zu befürchten – nur von dem real existierenden Schlamassel.

Wem wird eigentlich die geflügelte Redensart zugeschrieben: Dein Geld ist nicht weg – es ist nur woanders?

Im Prinzip den Griechen. Aber in Geldsachen hört die Völkerfreundschaft auf.

Fahren die EU-Mitgliedstaaten trotz der Krise aufeinander ab?

Im Prinzip ja. Alle Autos haben Euro-Kennzeichen mit einem blauen Band am linken Rand des Nummernschildes. Oben glänzen die zwölf gelben Sterne der europäischen Flagge. Allerdings gibt es farbliche Nuancen im Zusammengehörigkeitsgefühl. In Großbritannien ist die Farbe des Länderkürzels auf der Wagenrückseite nicht weiß, sondern gelb.

Ist es wahr, dass zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die EU nicht interessiert?

Unsinn. 2009 betrug die Beteiligung bei der EU-Parlamentswahl satte 43,3 Prozent.

Wer bleibt bei der EU grundsätzlich außen vor?

Im Prinzip der Rest der außereuropäischen Welt. Wobei keiner genau weiß, wo Europa anfängt und aufhört. In südamerikanischen Lehrplänen besteht die Erde jedenfalls nur aus den fünf Kontinenten Eurasien, Afrika, Amerika, Australien und Antarktika.

Die Türkei verhandelt schon länger über den EU-Beitritt. Wann wird sie aufgenommen?

Mit Nicht-Eurowährungsländern beschäftigt sich die Eurogruppe nicht. Vielleicht gibt es gar keine EU mehr, wenn sie aufgenommen werden könnte.

Gibt es eigentlich Länder, die nicht ins Unionsparadies wollen?

Im Prinzip nein. Ausnahmen bestätigen aber die Regel und sind irgendwie rational – gemeint sind die Schweiz, Island, Norwegen, Vatikanstadt, San Marino und die Fürstentümer Andorra, Liechtenstein und Monaco.

Und warum gehören Grönland, die Färöer und die Kanalinseln, die Isle of Man, Akrotiri und Dekelia, nicht zum EU-Territorium?

Stellen Sie sich vor, diese herrlichen Flecken und Steueroasen wären dabei.

Hat die EU einen überzeugenden Wahlspruch?

Im Prinzip ja. Er lautet: In Vielfalt geeint. Zur EU gehören immerhin 28 Staaten, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Von den Überseegebieten ganz zu schweigen – denken Sie an